

**Regionalkonferenz
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder
sowie Gespräch mit dem Bundeskanzler
und dem Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
am 22. Juni 2023 in Chemnitz**

Beschluss

TOP 1.3.1 Energiepolitik und Energiepreise in Ostdeutschland

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstreichen die Notwendigkeit einer sicheren, preiswerten und umweltverträglichen Energieversorgung. Eine klimaneutrale Energieversorgung wird alle Bereiche umfassen und erhebliche Anstrengungen im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor erfordern, sodass die größtmögliche Vielfalt an Lösungsansätzen bereitstehen muss. Einige Maßnahmen stellen dabei eine besondere Herausforderung in der zur Verfügung stehenden Zeit dar, wie zum Beispiel der Wasserstoff-Infrastrukturausbau, die wirtschaftliche Herstellung alternativer Kraftstoffe für den Flugverkehr oder die Dekarbonisierung des Gebäudebereiches.

1. Die Initiative des Bundes zur Entwicklung eines Wasserstoff-Kernnetzes und eine engere Einbindung der Länder bei der Erarbeitung des Kernnetzes und dessen Erweiterung zu einem Gesamtnetz werden begrüßt. Dabei ist auf eine ausgewogene räumliche Verteilung zu achten, um gleichwertige Lebensverhältnisse für Stadt und Land in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands sicherzustellen. Mögliche Lücken müssen schnell geschlossen werden, denn nur so ist es möglich, den Wirtschaftsstandort Ostdeutschland weiter auszubauen. Auch für das weitere Zusammenwachsen Europas – nicht zuletzt nach den geopolitischen Entwicklungen des letzten Jahres – fällt den ostdeutschen Ländern durch zentrale europäische Lage und ihre Brückenfunktion zu den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten auch in diesem Bereich eine besondere Bedeutung zu.
2. Die ostdeutschen Länder unterstützen die Bemühungen des Bundes, die Wasserstoff-Infrastrukturplanungen zu beschleunigen und bitten die Bundesregierung, diese zu verstärken und den bedarfsabhängigen Aufbau regionaler Verteilnetze zu fördern sowie neben der Versorgung der Industrie auch frühzeitig die Bereiche Verkehr und Wärmeversorgung in den Blick zu nehmen. Sie werden sich organisatorisch und personell so aufstellen, dass die erforderlichen Planungs- und Genehmigungsprozesse für Wasserstoffprojekte durch die zuständigen Stellen zügig bearbeitet werden können.

3. Die ostdeutschen Länder betonen, dass die Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff besonderer Aufmerksamkeit bedarf, da die industrielle Wertschöpfung und die allgemeine Energieversorgung nicht gefährdet werden dürfen. Hierbei muss gerade mit Blick auf die Netzentgelte beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft ein Weg gefunden werden, der für Wasserstoff- und Gasbezieher gleichermaßen fair ist.
4. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder erinnern an die gemeinsame Riemser Erklärung mit dem Bund. Zum Erreichen der Klimaziele und einer nationalen Energiesouveränität muss die Rolle von Speichern, inkl. Pumpspeicherkraftwerke, im Energiesystem geklärt werden. Angesichts der geplanten weitgehenden Elektrifizierung der ostdeutschen mittelständischen Wirtschaft wird der Bund gebeten, die Stromleitungs-Infrastrukturplanungen zu beschleunigen und bei der Dekarbonisierung der Wirtschaft die Unternehmen, Kommunen und ostdeutschen Länder mit geeigneten Förderinstrumenten zu unterstützen.
5. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder setzen sich dafür ein, dass Energiepreise für alle Verbrauchergruppen bezahlbar bleiben. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass die Menschen in den ostdeutschen Ländern stärker belastet werden. Sie müssen einen größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens für Energiekosten aufbringen als in den westdeutschen Ländern, auch absolut sind die Preise höher. Die ostdeutschen Länder erinnern den Bund an die gemeinsame Riemser Erklärung, wonach regionale Netzentgelte anreizkompatibler und einheitlicher ausgestaltet werden sowie Bürger und Kommunen an den Erträgen benachbarter EE-Anlagen beteiligt werden sollten. Die ostdeutschen Länder fordern zudem eine umfassende Reform der Abgaben und Umlagen im Energiebereich. Hierbei sind die Auswirkungen des demografischen Wandels in den ostdeutschen Ländern auf die Versorgungsstrukturen zu berücksichtigen.
6. Die ostdeutschen Länder weisen auf die erheblichen notwendigen Anstrengungen zur Erreichung der Klimaneutralität im Gebäudebereich hin. Die in Ostdeutschland vergleichsweise gut ausgebaute Infrastruktur an Fernwärmenetzen bietet eine gute Ausgangsbasis, die Wärmewende kostensparender und effizient umzusetzen. Dieses Potenzial gilt es auszubauen. Lösungsansätze sollten daher in gesetzlichen Regelungen nicht unnötig eingeschränkt werden. Gleichzeitig ist auf die unterschiedlichen Belastungen und finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung sowie die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen Rücksicht zu nehmen. Die Förderung ist entsprechend auszurichten und auskömmlich auszustatten. Nicht jeder Person wird zudem die Möglichkeit eingeräumt, Kredit aufzunehmen. Deshalb sollte die Bundesregierung die bisher vorgesehene Altersschwelle von 80 Jahren durch eine einfach zu administrierende Härtefallklausel ersetzen, die auch konkrete Sachgründe einbezieht und soziale Kriterien berücksichtigt. Insbesondere erscheint es sinnvoll, den Austausch besonders klimaschädlicher Heizungen verstärkt zu fördern, um diesen zunächst voranzutreiben. In großstädtischen Lagen, in denen der Gebäudebestand von älteren Mehrfamilienhäusern geprägt ist und die Mieten deutlich höher liegen, ist zur Vermeidung unverhältnismäßig hoher Modernisierungskosten der schnelle Ausbau der Wärmenetze zu priorisieren und die Austauschfristen für bestehende Heizsysteme darauf abzustimmen.

7. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten den Bund, die Entwicklung klimafreundlicher Treibstoffe für den Luftverkehr stärker zu unterstützen, um den internationalen Flugverkehr am Standort Deutschland zu sichern. Deutschland muss ein leistungsfähiger und attraktiver Luftverkehrsstandort bleiben, um auch in Zukunft seine führende wirtschaftliche Rolle im internationalen Wettbewerb zu sichern. Forschung und Produktion alternativer Treibstoffe für den Luftverkehr bieten gleichermaßen die Möglichkeiten, neue Wertschöpfungsketten aufzubauen und gleichzeitig einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die ostdeutschen Länder bieten hierfür hervorragende Voraussetzungen.
8. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder verdeutlichen die Bedeutung Ostdeutschlands zur Sicherstellung der Energieversorgung für ganz Deutschland und Europa. Oberste Priorität hat bei allen infrastrukturellen Maßnahmen von Bund und Vorhabenträgern in diesem Bereich die Wasserstofffähigkeit.

Mit der Ölversorgung der PCK in Schwedt über den Hafen Rostock und der Inbetriebnahme eines schwimmenden LNG-Terminals im Hafen Lubmin konnten Versorgungsengpässe bei Treib- und Heizstoffen abgewendet werden. Die Bundesregierung hat nunmehr entschieden, dass zur Sicherstellung der Gasversorgung in Ostdeutschland und Südost-Europa ein weiterer Ausbau der LNG-Infrastruktur im Hafen Mukran auf der Insel Rügen erforderlich ist. Die Nutzung von LNG wird als eine zeitlich begrenzte energiepolitische Brücke bis zur Nutzung regenerativer Energiequellen und Wasserstoff angesehen.

Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder teilen die Auffassung, dass mögliche Beeinträchtigungen durch das LNG-Vorhaben in Mukran von Natur und Umwelt, von Bevölkerung und touristischen Belangen soweit als möglich eingegrenzt und kompensiert werden müssen.